Herr Lübken führte zunächst aus, dass aufgrund der sich anschließenden Diskussion auch Anregungen aus dem Ausschuss noch mit in dieses Konzept aufgenommen werden können.

Dann stellte Herr Lübken anhand einer Power-Point-Präsentation das städtische integrierte Sozialkonzept zur Unterbringung von Flüchtlingen vor. Diese Präsentation ist als Anlage der Niederschrift beigefügt.

Im Verlauf der Präsentation erläuterte Herr Tielke den Ausblick über die Bedarfsprognose bis Mitte 2016.

Frau Mylius (FB 5) berichtete ergänzend zur Präsentation über ihre Arbeit bezüglich der Einbringung / Beratung der Kinder, Jugendlichen und Familien (Schulen, Kindergärten etc.):

Herr Kernenbach berichtete über die derzeitige Arbeit der Jugendeinrichtungen bezüglich der jugendlichen Flüchtlinge (Sprachkurse der VHS im Jugendzentrum, Erstellung eines speziellen Flyers, zusätzliche Spielgeräte etc.).

Herr Lübken führte weiter aus, dass die Hochschule Bonn/Rhein-Sieg auf Anregung von Herrn Köhler einen mehrsprachigen Stadtführer erarbeitet, der zurzeit kurz vor der Veröffentlichung steht. Gleichzeitig dankte er auch der Agenda-Gruppe „Soziales“ für ihre Mitarbeit.

Abschließend wiese er noch auf die Broschüre der Unfallkasse NRW hin, die kürzlich erschienen ist.

Die Ausschussvorsitzende dankte zunächst allen Beteiligten bei der Erstellung dieses Konzeptes. Dann eröffnete sie die Aussprache.

Zunächst dankte Frau Bergmann-Gries den Mitarbeitern der Verwaltung für die bisher geleistete Arbeit. In ihren Dank schloss sie ausdrücklich auch die Arbeit der vielen ehrenamtlichen Helfer mit ein.

Aufgrund der neuen Stellen, die eingerichtet worden sind, bat Frau Bergmann-Gries darum, dass zur gegebenen Zeit über die Strukturen berichtet werden sollte, die dort entstanden sind.

Ferner regte sie an, dass die Koordination der ehrenamtlichen Mitarbeiter seitens der Stadt übernommen werden sollte, damit dort ein Ansprechpartner vorhanden sei, der gezielt auf Anfragen etc dann reagieren kann.

Weiter führte sie aus, dass seitens der Verwaltung die Arbeitsagenturen nochmals eindringlich darauf angesprochen werden sollten, dass diese verstärkt Sprachkurse anbieten sollen / müssen.

Abschließend teilte sie mit, dass das gesamte Verfahren bezüglich der Medienzentrale, dass die Bezirksregierung Köln zurzeit durchführt, aus ihrer Sicht sehr unbefriedigend sei, denn sowohl die Verwaltung aus auch die ehrenamtlichen Helfer können derzeit von keinen verlässlichen Daten ausgehen.

Herr Lienesch dankte ebenfalls im Namen seiner Fraktion allen Beteiligten (Verwaltung, ehrenamtliche Mitarbeiter etc.) für ihre bisher geleistete Arbeit. Weiter schlug er vor, dass auch die Arbeit der Vereine mit in dieses Konzept einbezogen werden soll. Gleichzeitig regte Herr Lienesch an, dass auch für die städtischen Mitarbeiter eine entsprechende Unterstützung vorgehalten werden sollte, damit sie dies – was sie im Rahmen ihrer Tätigkeit erfahren – besser verarbeiten können. Ebenso sollten die ehrenamtlichen Mitarbeiter hierbei mitberücksichtigt werden.

Abschließend regte Herr Lienesch an, ob man nicht auch Flüchtlinge, die schon seit längerer Zeit hier in Sankt Augustin leben, miteinbeziehen kann.

Auch Herr Haacke schloss sich dem Dank an alle Beteiligten an. Bezogen auf die Hausmeister, die in den Unterkünften tätig sind, stellte er die Frage, ob hier spezielle Qualifikationen gefordert werden. Auch sollen die sozialen Strukturen in Sankt Augustin entsprechend angepasst werden (Schulen, Kita`s, Ausbildungsplätze, Wohnungen etc.).

Abschließend schlug Herr Haacke vor, den Beschlussvorschlag um die Worte „…und kontinuierlich weiterzuentwickeln“ zu ergänzen.

Herr Willnecker dankte ebenfalls allen Beteiligten. Weiter führte er aus, dass die Entwicklung in Sankt Augustin bezogen auf den Bericht im letzten Haupt- und Finanzausschuss hier noch nicht berücksichtigt werden konnte. Hier sprach er die Thematik „Dezentralität“ und die Änderung der Standards bei den Flächengrößen und den Größen der Unterkünfte an.

Auch Herr Willnecker sprach sich dafür aus, dass der Beschlussvorschlag entsprechend dem Vorschlag von Herrn Haacke ergänzt werden sollte.

Frau Schmidt dankte ebenfalls allen Beteiligten. Weiter führte sie aus, dass das Konzept weiterentwickelt und ergänzt wird, sei für sie eine Selbstverständlichkeit. Ferner regte sie an, dass das städtische Konzept den Bürgern vorgestellt werden sollte.

Herr Lübken führte hierzu aus, dass dieses Konzept auf der städtischen Internetseite eingestellt wird. Gleichzeitig teilte er mit, dass dieses Konzept in einer überarbeiteten „Kurzfassung“ erstellt werden könnte.

Frau Domscheit regte an, dass in den Unterkünften verstärkt über Angebote (Sprachkurse etc) informiert werden sollte.

Auf die Anregung von Herrn Höhr, die Sprachkurse zu erweitern, führte Herr Tielke aus, dass derartige Kurse bereits in den bestehenden Unterkünften stattfinden.

Herr Haacke teilte mit, dass die Job-Center keine Sprachkurse anbieten dürfen.

Dann fasste der Ausschuss unter Einbeziehung des Ergänzungsvorschlages folgenden Beschluss: